

Archiv

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST
PUBLIZIERT DEUTSCHLANDS 1930

2. NOV. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/202

Bonn, den 20. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Das Problem ist geliebt

67

Zur Gründung eines Europäischen Jugendwerkes

Von Dr. Waldemar Ritter

2

Vor zehn Jahren: Referendum an der Saar

26

Ein Musterbeispiel zur Lösung der deutschen Frage

3

Als Erzieher ungeeignet

50

Vergifter der Jugend

4

Hessen - vorbildlich in sozialen Wohnungsbau

50

1,6 Millionen Wohnungen für fünf Millionen

* * *

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Denkschrift der EKD im Gesamtdeutschen Rat erörtern

Kein Recht aus einem Gewaltakt

Maria MEYER-SEVENICH übernimmt niedersächsisches
Ministerium

SCHILLHAUS und HUPKA wiedergewählt

SARAGAT versagte sich Warschauer Wünschen

Liberalisierung des Asylrechts

Das Problem ist geblieben

Zur Gründung eines Europäischen Jugendwerkes

Von Dr. Waldemar Ritter

Vor nun schon bald zwei Jahren hat die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag zur Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes eingebracht und sie hat damit die Zustimmung der jungen Generation in Deutschland und in Europa gefunden.

Viele konservative Politiker, die es mit der europäischen Integration nicht gar so ernst meinen, haben damals geglaubt, daß hier eine Eintagsfliege geboren wäre, die nach fröhlichem Summen für immer aus der politischen Diskussion verschwinden werde. Sie haben sich geirrt. Denn die Ungeduld unserer Jugend in Richtung Europa ist nicht geringer, sondern stärker geworden.

Es mag Zufall sein, daß das Deutsche Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit, das aus allen Mitgliedsverbänden des Deutschen Bundesjugendringes und des Ringes Politischer Jugend besteht, gerade am den Tage wieder initiativ geworden ist, an dem sich der 5. Deutsche Bundestag konstituierte. Aber dennoch wird gerade durch diesen Termin der Akzent deutlich, den die Vertreter der deutschen Jugend der Bedeutung internationaler Jugendpolitik beimessen.

Koch deutlicher als vor einem Jahr fordert das Nationalkomitee Bundestag und Bundesregierung auf, die Gründung eines Europäischen Jugendwerkes voranzutreiben. Dabei gehen die Vertreter der deutschen Jugendarbeit davon aus, daß die Förderung der Beziehungen zwischen der europäischen Jugend einen beachtlichen Einfluß auf die Bildung des europäischen Bewußtseins hat und ohne Zweifel wird die Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses der Jugend in Europa beitragen.

In seinem Aufruf fordert das Nationalkomitee vom Bundestag und der Bundesregierung, in Verhandlungen mit den europäischen Parlamenten dafür einzutreten, daß die europäischen Regierungen - je nach Größe und Finanzkraft gestaffelt - jährlich einen nennenswerten Betrag in einen gemeinsamen Fonds geben, mit dem Zweck, den europäischen Austausch und die europäische Zusammenarbeit der jungen Generation zu fördern.

Die Aufgaben eines solchen Jugendwerkes sind vielfältig und es seien nur einige Notwendigkeiten genannt, die vom Nationalkomitee vorgeschlagen wurden:

- * Studienarbeit über die Lage der Jugend und der außerschulischen Erziehung in den verschiedenen europäischen Ländern,
- * Veranstaltungen zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch der Experten in der außerschulischen Erziehung,
- * Förderung der Begegnung und der Zusammenarbeit der Jugendorganisationen in den europäischen Ländern,
- * Veranstaltungen kultureller, allgemeinpolitischer und sportlicher Art,
- * Austauschaktionen junger Menschen in Europa, insbesondere Schüleraustausch, Studentenaustausch, Austausch junger Arbeiter usw.

Weiter hat das Nationalkomitee klargestellt, daß dieses Europäische Jugendwerk sowohl multilaterale als auch bilaterale Veranstaltungen fördern soll.

Als organisatorisch strukturelle Möglichkeiten bieten sich drei Lösungsmöglichkeiten, von denen die gewählt werden muß, bei der sich unter Berücksichtigung des angestrebten Zieles möglichst alle, mindestens jedoch die meisten europäischen Länder beteiligen. Also entweder eine unabhängige zwischenstaatliche Institution, oder die Konstituierung beim Europarat, oder die Konstituierung bei der EWG. In jedem Falle muß aber gewährleistet sein, daß die Zusammensetzung des abschließenden oder kontrollierenden Organs (Kuratoriums) - gerade auch aus den Erfahrungen des Deutsch-französischen Jugendwerks - zumindest paritätisch erfolgen soll und daß die Maßnahmen von freien Trägern der Jugendarbeit den größten Anteil der Unternehmungen eines Europäischen Jugendwerkes ausmachen müßten.

Das Deutsche Nationalkomitee für internationale Arbeit wird mit diesen Vorstellungen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung klarmachen, daß das Europäische Jugendwerk keine Sache der Enkelkinder dieser Jugend, sondern eine dringende Aufgabe unserer Gegenwart ist. Es wird darüber hinaus auch auf der europäischen Ebene erneut die Initiative bei den befreundeten Jugendverbänden ergreifen und damit die Diskussion über dieses Projekt noch stärker als bisher entfachen. - Die sozialdemokratische Initiative zur Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes bleibt auf der Tagesordnung.

+ + +

Vor zehn Jahren: Referendum an der Saar

Ein Musterbeispiel zur Lösung der deutschen Frage

sp - Als Bundeskanzler Adenauer und Frankreichs Ministerpräsident Mendès-France 1954 übereinkamen, ein bis zum Abschluß des Friedensvertrages befristetes Grundsatzabkommen über die "Europäisierung" des Saargebietes im Rahmen der Westeuropäischen Union zu vereinbaren, hofften beide, eine praktikable Lösung gefunden zu haben. Offenbar waren sie davon überzeugt, die Bevölkerung würde bei der dafür vorgesehenen Volksabstimmung ihr Ja zu diesem Plan geben. Um so größer mußte die Enttäuschung sein, als am 23. Oktober vor zehn Jahren 67,71 Prozent der gültigen Stimmen gegen das Statut und damit für den Anschluß an die Bundesrepublik gezeichneten. Daran hatte auch der Aufruf von Bundeskanzler Adenauer nichts ändern können, den er von Bochum aus an die saarländischen Wähler gerichtet hatte, um sie für die "Europäisierung" zu bewegen.

Durch das Ergebnis der Volksabstimmung wurde außerdem der auf der Moskauer Außenministerkonferenz von 1947 gemeinsam von den USA und Großbritannien gefaßte Beschluß durchkreuzt, der dem Drängen Frankreichs auf Eingliederung dieses deutschen Gebietes in das französische Wirtschaftssystem entsprochen hatte. In den folgenden Jahren schritt die Integration zügig voran. Noch 1947 wurde der Franc als Währungseinheit eingeführt. 1948 beschloß der Landtag in Saarbrücken, die saarländische Staatsbürgerschaft einzuführen, zwei Jahre darauf trat die erst mit Paris abgeschlossene Wirtschaftskonvention in Kraft, die 1953 durch neue Übereinkünfte ergänzt wurde.

Man mag zu dieser französischen Nachkriegspolitik stehen, wie man will, es spricht jedenfalls für ihre Loyalität gegenüber dem Prinzip der Selbstbestimmung, daß sie der betroffenen Bevölkerung das endgültige Wort erteilte. Dieses Referendum ist ein gutes Beispiel für eine friedliche, gerechte und reibungslose Regelung der deutschen Frage, wenn man sie in Moskau nur wollte.

+ + +

Als Erzieher ungeeignet

Vergifter der Jugend

Kn. - Schleswig-Holstein hat wieder seinen braunen Skandal. Das Kultusministerium in Kiel ermittelt gegen drei Lehrkräfte des Nordseegymnasiums in Büsum. Es handelt sich um die Studienräte Dr. Alfred Endrigkeit, Kurt Fleischhauer und die angestellte Lehrkraft Gertrud Besecke. Sie haben in ungehörter Form unseren freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat beleidigt. Sie haben seit Jahren antisemitisches und nationalsozialistisches Gedankengut im Unterricht verbreitet. Sie haben die Atmosphäre an einem Gymnasium vergiftet.

Dr. Endrigkeit ist aus seinem Amt gesetzt worden. Bei den anderen beiden Lehrkräften sollte es schnell geschehen. Falls das Kultusministerium mit seinen Disziplinarbeamten nicht durchkommt, sollte die Kriminalpolizei nach Büsum gehen, um herauszufinden, wer jetzt noch Flugzettel in der Form von Solidaritätserklärungen für die Studienräte verteilt. Falls der Generalstaatsanwalt von Schleswig-Holstein Dr. Edward Nehm die Angelegenheit übersehen sollte, seien hier die Zitate der drei Lehrkräfte wiedergegeben, gegen die ein ganzes Bündel an Paragraphen aufgeföhren werden kann, um das braune Nest an der Schule auszuräumen.

Dr. Endrigkeit schlug einen 16jährigen Oberschüler, der den zweiten Weltkrieg als "schmutzigen Krieg" bezeichnete. Er erklärte, man habe das Absingen der ersten Strophe des Deutschlandliedes mit Recht verboten, denn die Bundesrepublik Deutschland "ist es nicht wert, daß Deutschland, Deutschland über alles" gesungen wird". Zu der auf der Schule gesetzten kaiserlichen Flagge sagte er: "Junger Freund, dieser Staat ist dieser Flagge unwürdig. Warten Sie, bis ein neuer Staat kommt".

Der famose Erzieher bekannte, er sammle Werke über "Herrn Hitler", die er "als Wissenschaftler" studiere, um zu beweisen, "Herr Hitler war nicht so, wie er heute hingestellt wird". Den rechtsradikalen "Reichsruf" nahm er mit in den Biologie-Unterricht. Im Chemie-Unterricht sagte er bei einem Experiment zwecks Seifeherstellung, man benötige dazu Fett. Dadurch sei bewiesen, im Dritten Reich habe man aus Stöden keine Seife machen können, denn sie seien nicht fett gewesen. Ferner meinte er, die Amerikaner hätten die Gasöfen nachträglich in den Konzentrationslagern installiert, um die Deutschen zu diffamieren.

Frau Besecke plädierte im Biologie-Unterricht dafür, "kranke Menschen gesetzmäßig zu sterilisieren". Auf den Einwand einer Schülerin, ob sich das mit unserem demokratischen Rechtsstaat vertrage, meinte sie, dann müsse "unsere Staatsform abgeschafft" werden. Im Mädchenheim, das ihr unterstand, sollten die Zimmer nach ihrem Vorschlag Ländernamen bekommen. Zwei Schülerinnen nannten ihr Zimmer "Israel". Frau Besecke war erregt und ordnete Mädchennamen an. Die Schülerin nannten ihr Zimmer "Anne Frank". Daraufhin befahl die Pädagogin, die Räume mit Zahlen zu bezeichnen. Einem Mädchen sagte sie: "Jetzt weiß ich, weshalb Du so fies bist. Du bist ja Halbjüdin".

Studienrat Fleischhauer ordnete an, die Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit" dürfe nicht weiter im Schulleseaal ausliegen. Das "Spalterblatt" mit der Autorin Gräfin Dönhoff und Golo Mann gehöre nicht "in ein ordentliches Haus". Das Abfragen des Wissens der Schüler pflegte er mit den Worten zu beginnen: "Heute wollen wir mal Auschwitz spielen. Mal sehen, wer in die Gaskammer muß und hinter welchem Namen nachher ein Kreuz steht."

Hessen - vorbildlich im sozialen Wohnungsbau

1,6 Millionen Wohnungen für fünf Millionen

Als nach dem zweiten Weltkrieg der Wiederaufbau in den zerstörten Städten und Dörfern Hessens begann, gab es nur noch etwas mehr als 700 000 brauchbare Wohnungen. Rund 200 000 Wohnungen waren während des Krieges durch Bombenangriffe oder auch bei Kampfhandlungen vernichtet worden. Daneben strömten über 700 000 Heimatvertriebene nach Hessen, für die zusätzlich notwendiger Wohnraum beschafft werden mußte. Heute leben in Hessen über fünf Millionen Menschen in mehr als 1,6 Millionen Wohnungen.

Es ging also damals nicht nur darum, Wohnungen wieder aufzubauen, sondern es galt auch, neue Wohnungen für Hunderttausende von Neubürgern zu errichten. Hinzu kommt, daß die Bevölkerungsbewegung der letzten 15 Jahre in Deutschland auch ihre Auswirkungen auf die hessische Wohnungspolitik hatte. In dieser Zeit kamen mehr als eine Million Menschen ins Hessenland, um dort zu arbeiten und natürlich auch um dort zu wohnen.

Dazu sagt Minister Heinrich Schneider: "Vor diesem Hintergrund muß eine Wohnung zu beschaffen. Die hessische Wohnungspolitik stand damals unter dem Leitsatz "Jedem Bürger eine Wohnung". Dieses Mahziel ist in großen Umfang erreicht worden. Doch die Forderungen an den Wohnungsbau sind damit nicht abgeschlossen. Der Bürger soll heute nicht nur eine, sondern seine Wohnung finden können. Mit anderen Worten: Jede Familie und jede Einzelperson hat Anspruch auf ein Heim, das ihren speziellen Wohnbedürfnissen gerecht wird und das vor allem einer modernen Wohnkultur entspricht.

Wenn heute jedoch jede zweite hessische Familie in einer vollkommen neuen oder wiederaufgebauten Wohnung leben kann, dann ist das in erster Linie dem "sozialen Wohnungsbau" zu danken. Hier ist insbesondere das Fünfjahresprogramm der hessischen Landesregierung zu nennen, der hessische Wohnungsbau der Nachkriegszeit gesehen werden, wenn man die Leistung richtig würdigen will, die sich im Bau von mehr als 900 000 neuen Wohnungen in der Zeit von 1946 bis 1965 ausdrückt. In den ersten Jahren des Wiederaufbaues war es die vorrangigste Aufgabe, zunächst jeder Familie überhaupt das vom Jahre 1959 an eine jährliche Zahl von 56 000 neu erbauten Wohnungen vorsah. Innerhalb von fünf Jahren sollten im Rahmen dieses Programms insgesamt 120 000 Wohnungen in Hessen errichtet werden; dieses Ergebnis wurde nicht nur erreicht, sondern mit insgesamt 258 000 Wohnungen sogar weit übertroffen.

Auch in der kommenden Zeit soll dieses bewährte Mehrjahresprogramm im Grundsatz fortgeführt werden - wenn sich auch möglicherweise die Schwerpunkte dabei etwas verlagern. Hervorzuheben am sozialen Wohnungsbau sind die Maßnahmen des Wohnungsnotstands-Programms sowie die Förderung des Wohnungsbaues für Fachkräfte der Wirtschaft und Pendler, für Landarbeiter und Kleinsiedler, Kriegssopfer und Spätheimkehrer, für junge verheiratete Ehepaare und die Förderung von Schwestern-, Studenten- und Altenwohnheimen. - Wie sehr auch der Bau von Eigenheimen durch das Land gefördert wird, läßt sich aus der Tatsache ersehen, daß sich nahezu die Hälfte aller nach dem Krieg in Hessen errichteten Wohnungen in Eigenheimen befindet. Zahlreiche hessische Förderungsprogramme kommen gleichzeitig dem Eigenheimbau zugute.